BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Blessenstätte 23a · 33330 Gütersloh

An
den Vorsitzenden
des Jugendhilfeausschusses
der Stadt Gütersloh
Herrn Carsten Rethage

**Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
**im Rat der Stadt Gütersloh**
Maik Steiner, Sprecher
Gitte Trostmann, Sprecherin
Blessenstätte 23a
33330 Gütersloh

Telefon: 05241/14051
fraktion@gruene-guetersloh.de
www.gruene-guetersloh.de

Gütersloh, 27.11.2024

# Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den Jugendhilfeausschuss am 28.11.2024 zum TOP 8

Sehr geehrter Herr Rethage,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.11.2024 den folgenden **Antrag** zum TOP 8.

**Antrag:**

**1. Prüfung der Auswirkungen von Kürzungen**

Die Stadt Gütersloh wird gebeten, die Auswirkungen der Kürzungen im Haushalt des Landes NRW auf die sozialen Dienstleistungen in den Bereichen Alter, Pflege, soziale Beratung und Integration für die Stadt Gütersloh zu überprüfen. Dabei sollen folgende Aspekte im Vordergrund stehen:

- Welche Strukturen können trotz der Kürzungen ihre Qualitätsstandards halten?
- Welche Strukturen benötigen finanzielle Unterstützung, um ihre Angebote langfristig zu sichern?

**2. Prüfung alternativer Finanzierungsquellen**

Die Verwaltung wird gebeten, aktiv nach nachhaltigen Finanzierungsquellen für soziale Programme und Integrationsmaßnahmen zu suchen. Ziel ist es, die bewährten Beratungsstrukturen in Gütersloh zu erhalten und die Qualität der sozialen Dienstleistungen langfristig zu sichern. Dazu gehören:

- **Öffentliche und private Partnerschaften**: Förderung von Kooperationen mit Unternehmen und Organisationen, die sich für soziale Belange engagieren.
- **Akquise von Stiftungsmitteln**: Identifizierung und Ansprache von Stiftungen, die Projekte in Gütersloh unterstützen.

- **Nutzung von EU-Fördermitteln:** Aktive Teilnahme an Programmen der Europäischen Union zur Förderung der sozialen Integration.
- **Innovative Finanzierungsmodelle** wie z.B. Crowdfunding-Initiativen

**3. Unterstützung der ehrenamtlichen Helfer*innen**

Ehrenamtliche Helfer*innen sind ein unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Arbeit und der demokratischen Gemeinschaft in Gütersloh. Um ihr Engagement zu fördern, sollen gezielte Maßnahmen zur Unterstützung und Entlastung dieser Helfer*innen entwickelt werden. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit z.B. Schulungen, Ressourcenbereitstellung und Anerkennungsprogramme umgesetzt werden können, um die wertvolle ehrenamtliche Arbeit zu stärken und die soziale Infrastruktur in Gütersloh nachhaltig zu erhalten und zu fördern.

**Begründung:**

Die sozialen Dienstleistungen in Gütersloh sind entscheidend für die Lebensqualität und das Wohlbefinden vieler Menschen, insbesondere der sensiblen Gruppen. Angesichts der bevorstehenden Kürzungen im Haushaltsplan des Landes NRW, der voraussichtlich am 18./19.12. verabschiedet wird, ist es wichtig, die Auswirkungen dieser Kürzungen genau zu überprüfen. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Qualität der Leistungen erhalten bleibt und die Ergebnisse in die Haushaltsplanung einfließen.

Besonders betroffen sind Familien in Not, Frauen, ältere Menschen, Geflüchtete und Menschen mit Suchterkrankungen. Unsere kommunalpolitische Aufgabe ist es, Chancengleichheit zu schaffen und allen Bürger*innen die gleichen Möglichkeiten auf Unterstützung und Teilhabe zu bieten. Investitionen in soziale Dienstleistungen sind nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch eine wirtschaftlich kluge Entscheidung, da sie langfristig Folgekosten im Gesundheitssystem reduzieren.

Die Integration von geflüchteten und zugewanderten Menschen stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und beugt sozialen Spannungen vor. Ehrenamtliche Helfer*innen sind insbesondere in der Integrationsarbeit unverzichtbar und verdienen Anerkennung und Unterstützung.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltssituation schlagen wir vor, die sozialen Dienstleistungen einer gezielten Überprüfung zu unterziehen, um Prioritäten zu setzen. Ein sozialer Zukunftsplan, der in Zusammenarbeit mit den Gütersloher Expert*innen erarbeitet wird, könnte langfristige Strategien zur Sicherstellung der sozialen Dienstleistungen formulieren.

Die Stadt könnte öffentliche und private Partnerschaften ausbauen und innovative Finanzierungsmodelle wie Crowdfunding oder EU-Fördermittel zur Unterstützung spezifischer Projekte überprüfen. Die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Planung fördert die Partizipation und das Vertrauen in die Verwaltung.

Eine Stadt, die in soziale Dienstleistungen investiert und deren Qualität sichert, zeigt Verantwortung gegenüber ihren Bürger*innen und positioniert sich als zukunftsfähiger Standort. Wir fordern daher eine klare Strategie zur Sicherung und Verbesserung der sozialen Dienstleistungen in Gütersloh, die unsere Werte von sozialer Gerechtigkeit, Integration, Mitbestimmung und Nachhaltigkeit widerspiegelt.

Mit freundlichen Grüßen,

Sara Perez de Siles Fernandez
Ausschussmitglied

Simone Hanneforth
Ausschussmitglied